



Sitzungsniederschrift öffentlich

Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Verkehr

Sitzungsort:	Stadt Norderney Videokonferenz - Einwahldaten werden gesondert versandt	
Sitzungsdatum:	Mittwoch, den 28.04.2021	Niederschrift gefertigt am: 28.09.2021
	Beginn: 18:00 Uhr	Ende: 20:24 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Johannes Terfehr SPD

Mitglieder

Frau Anke Dröst B90/Die Grünen
Herr Anfried Hauschild SPD
Herr Gerd Kleemann FDP
Herr Bernhard Onnen FWN
Herr Jens Podein FDP
Frau Silvia Selinger-Hugen CDU

Protokollführer

Herr Hillrich Holtkamp

von der Verwaltung

Herr Frank Ulrichs Bürgermeister
Herr Holger Reising
Herr Jürgen Vißer

externes Mitglied

Wilhelm Loth Geschäftsführer
Norbert Harm Vertreter der ortsansässigen Wirtschaftsverbände

Abwesend:

Tagesordnung (öffentlicher Teil)

- TOP 1** Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung
- TOP 2** Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 27.02.2020
- TOP 3** Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom

25.08.2020

- TOP 4** Bericht des Geschäftsführers der Staatsbad Norderney GmbH zur aktuellen Situation
- TOP 5** Sachstandsbericht aus dem Arbeitskreis Verkehr
- TOP 6** Fortführung der Linie 7 (NC-Bus)
- TOP 6.1** Partielle Übertragung von Aufgabenträgerfunktionen vom Landkreis Aurich auf die Stadt Norderney
Vorlage: 01/SV/104/2021
- TOP 6.2** Übertragung der Verantwortlichkeit, Finanzierung und Durchführung auf die Staatsbad Norderney GmbH
Vorlage: 01/SV/105/2021
- TOP 7** Mitteilungen der Verwaltung
- TOP 8** Anfragen und Anregungen
- TOP 9** Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde

Protokoll (öffentlicher Teil)

zu TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung

Vorsitzender Terfehr begrüßt die Anwesenden, eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Beschlussfähigkeit und die Vollständigkeit der Tagesordnung fest. Es werden keine Einwände gegen die Aufzeichnung der Sitzung erhoben.

zu TOP 2 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 27.02.2020

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 27.02.2020 wird ohne Änderungen genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	4
Nein:	0
Enthaltung:	2

zu TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 25.08.2020

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 25.08.2020 wird ohne Änderungen genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	5
Nein:	0
Enthaltung:	1

zu TOP 4 Bericht des Geschäftsführers der Staatsbad Norderney GmbH zur aktuellen Situation

GF Loth führt aus, es sei kein Geheimnis, dass die Corona-Pandemie große Auswirkungen auf den Tourismus auch auf Norderney nach sich gezogen habe. Die Anreisen im Jahr 2020 hätten einen Rückgang von über 30 %, die Übernachtungen einen Rückgang von 25 % verzeichnet. Die Zeit der ersten Welle sei von unzähligen telefonischen und digitalen Anfragen begleitet worden. Aufgrund der großen Orientierungslosigkeit und Ungewissheit seien viele Vermieter und Gäste auf die Staatsbad Norderney GmbH zugekommen. Der Versuch, Herr über die Verordnungen zu werden, sei ein schwieriges Unterfangen gewesen. Weiter habe ein stetiger Austausch zwischen den Inseln und den Tourismusverbänden stattgefunden. Über 100 Mitarbeiter der Staatsbad Norderney GmbH hätten in Kurzarbeit versetzt werden müssen. Neben der Abnahme von Anreisen und Übernachtungen haben auch das Badehaus einen Rückgang der Besucherzahlen sowie Anwendungen von jeweils 50 % verzeichnen müssen, da lediglich im Zeitraum von Juli bis November 2020 habe geöffnet werden dürfen. Zudem habe der Veranstaltungsbereich einen Rückgang von 97 % erfahren.

Es sei eine Initiative seitens der sieben Inseln zur Unterstützung der Destinationen in Niedersachsen ins Leben gerufen worden. Alle Kurorte und anerkannten Tourismusorte hätten eine Destinationsunterstützung erhalten. Allerdings werde diese dem Jahresabschluss gegenübergestellt. Die Hoffnung bestehe darin, dass lediglich die Umsatzeinbrüche analog der Privatwirtschaft berücksichtigt würden, da eine Vielzahl an Sparmaßnahmen getroffen worden sei. Ansonsten finde eine Problemverschiebung nach hinten statt, da diejenigen, die wirtschaftlich gehandelt haben andernfalls bestraft würden. Bei den geleisteten Soforthilfen müsse jedoch unter Umständen mit Rückzahlungen zu rechnen sein. Weitestgehend seien Investitionen und Instandhaltungsmaßnahmen eingestellt worden. Jedoch sei aufgrund der Notwendigkeit das Bazargebäude saniert worden. Aufgrund der Möglichkeit der Beanspruchung von Fördermitteln sei der Wattsteg am Hafen im Jahre 2020 fertiggestellt worden. Die Pandemie habe katastrophale Auswirkungen auf den Veranstaltungssektor nach sich gezogen. Es seien Bemühungen angestellt worden, Kleinkünstler zu unterstützen. Im Jahr 2021 habe man alle Großveranstaltungen abgesagt. Viele Tourneen seien abgesagt worden, da die Durchführung neben der großen Unsicherheit rein organisatorisch nicht mehr darstellbar sei.

Vielerlei sei aktuell in den Bereichen Online-Marketing und Digitalisierung in Arbeit. Aktuell sei eine sog. Progressive Web App namens „Frida“ in der Erstellung, welche eine Kompletterfassung des Gastes und aller Anbieter vorsehe. Ein entsprechender Antrag hierzu sei dem Ministerpräsidenten persönlich zugetragen worden. Die Inseln seien prädestiniert für entsprechende Modellprojekte. Der Tourismus werde durch die Bundesregelungen zur Notbremse nicht berücksichtigt. Die Regelungen für Öffnungsszenarien ergäben sich aus den Landesverordnungen. Der Inzidenzwert des Landkreises Aurich gebe nach den Einschätzungen des GF Loth mehr her. Das Gastgewerbe brauche für die Vorbereitung der Öffnungen mindestens drei Wochen. Daher seien die Pfingsttage bereits passé.

Es seien bereits viele Gespräche hinsichtlich der möglichen Herausforderungen einer Wiedereröffnung der Inseln geführt worden. Neben der Erarbeitung von Teststrategien, Hygienekonzepten und digitaler Kontaktnachverfolgung befassten sich mehrere Arbeitsgruppen und Zusammenschlüsse mit den Themen, auf die es ankomme.

Im Laufe dieses Jahres solle eine E-Commerce-Plattform fertiggestellt werden. Diesbezügliche Bemühungen gebe es auch auf Seiten der AG Reederei Norden Frisia. Gegebenenfalls könne hier eine gemeinsame Perspektive gefunden werden. Dennoch sei diese Plattform eine klare Destinationsaufgabe. Daher finde ein enger Austausch zwischen den sieben ostfriesischen Inseln sowie dem Land Niedersachsen statt. Ein sogenanntes Open-Data-Konzept ermögliche die Sammlung und Steuerung aller Daten (Öffnungszeiten, Veranstaltungsprogramme etc.) direkt über die Destinationen. Weiter sei in diesem Jahr ein Newsletter mit im Schnitt 60.000 Abrufen herausgegeben worden. Das Magazin sei entsprechend den aktuellen Bedingungen und zeitgerecht umgestaltet worden.

Der Abriss des Hauses der Insel sei insgesamt relativ lautlos an den meisten Menschen vorbeigegangen, welcher eine riesige Fläche hervorgebracht habe. Diese Fläche sei aktuell Grundlage eines Ideenwettbewerbes, bzw. befinde sich aktuell in einer Ausschreibung. Am Weststrand sei aktuell eine große Sanierungsmaßnahme im Gange. In erster Linie sei dies eine Küstenschutzmaßnahme. Aus touristischer Sicht sei kein Eingriff in die Ausgestaltung möglich. Aufgrund des maßgeblichen Einflusses der Maßnahme auf die Ansicht der Promenadenachse vom Hafen bis zum Nordbad sei bereits ein Beleuchtungskonzept thematisiert worden. Zusammengefasst sei das vergangene Jahr kein prickelndes gewesen. Die Hoffnung bestehe, dass ein Großteil der Pandemie bald der Vergangenheit angehöre und durch steigende Impfquoten sowie entsprechende Teststrategien das touristische Handeln wieder ermöglicht werde.

Vorsitzender Terfehr bedankt sich für den Bericht des GF Loth.

RM Selinger Huguen bedankt sich ebenfalls von Seiten der Fraktion für das wirtschaftliche und verantwortungsvolle Handeln.

RM Podein erfragt, ob sich das Land Niedersachsen bezüglich der eingereichten Öffnungsstrategie „Moin“ bereits zurückgemeldet hat. GF Loth führt aus, es gebe bis zum heutigen Tage noch keine offizielle Eingangsbestätigung oder Rückmeldung. BM Ulrichs ergänzt, es herrsche nicht die Auffassung vor, dass das eingereichte Konzept mit einer großen Gleichgültigkeit behandelt werde. In den Ministerien und im Krisenstab des Landes Niedersachsen seien aktuell viele Maßnahmen und Öffnungsstrategien in Arbeit und es bestehe die Hoffnung, dass in der nächsten Woche eine Reaktion auf das eingereichte Konzept erfolgen werde.

BG Onnen nimmt ab 18:31 Uhr an der Videokonferenz teil.

GF Loth fordert, es solle ein roter Faden in den bundes- bzw. landesweiten Regelungen geschaffen werden. Kritik werde insbesondere daran ausgeübt, dass nicht bei den Motoren für steigende Inzidenzzahlen mit Beschränkungen angesetzt werde, sondern insbesondere im Bereich der Tourismusbranche Beschränkungen erlassen würden, welche jedoch keinen belegbaren negativen Einfluss auf die Entwicklung der Pandemie habe.

RM Selinger-Huguen führt an, sie könne nicht nachvollziehen, wieso der nationale Tourismus im Gegensatz zum internationalen Tourismus solch starke Einschränkungen hinnehmen müsse und es keine Belohnungen für Gebiete mit niedrigen Inzidenzen gebe.

Herr Harm erkundigt sich, ob die Möglichkeit bestehe, zusätzlichen Druck auf das Land Niedersachsen auszuüben. BM Ulrichs führt aus, das Land Niedersachsen sei aktuell noch nicht so weit eine abschließende Bewertung zu den Eingaben zu machen. Er sei hoffnungsfroh, zu Beginn der nächsten Woche eine Rückmeldung zu erhalten.

zu TOP 5 Sachstandsbericht aus dem Arbeitskreis Verkehr

Vorsitzender Terfehr bedankt sich bei der Verwaltung für die Erstellung der begleitenden Präsentation zum Sachstandsbericht. Seit der ersten Hälfte des Jahres befasse sich der Arbeitskreis Verkehr mit der Erstellung eines Verkehrskonzeptes für die Insel Norderney. Die Belastungsgrenze sei bezüglich der Verkehrsdichte mindestens erreicht, wenn nicht schon überschritten. Dies sei dem Ansehen sowie der Qualität der Insel Norderney als Kurort abträglich. Parallel zur Erstellung des Verkehrskonzeptes durch den Arbeitskreis Verkehr habe die Staatsbad Norderney GmbH zusammen mit der Kohl & Partner GmbH die Entwicklung eines Lebensraumkonzeptes initiiert. Basis hierfür sei eine Befragung der Einwohner Norderneys und der Gäste mit einer erheblichen Beteiligung gewesen. Verbesserungswürdig sei die Situation allemal und das Ergebnis decke sich weitestgehend mit den Forderungen aus dem Arbeitskreis Verkehr. Das Lebensraumkonzept sei einstimmig vom Rat der Stadt Norderney verabschiedet worden und biete klare Vorgaben zur Umsetzung des Konzeptes. Zur tatkräftigen Unterstützung stehe zukünftig Frau Juliane Aiche zur Seite.

An dieser Stelle erfolgt der Sachstandsbericht anhand der Präsentation, siehe Anlage 1.

In Ergänzung zum Punkt 4.3 „Ausnahmegenehmigungen vom Saisonverkehrsverbot“ führt StAR Vißer mit Hilfe einer Simulation eine webbasierte Lösung für die Beantragung sowohl sogenannter Stundengenehmigungen für Personen mit einem entsprechenden Stellplatznachweis als auch regulärer Ausnahmegenehmigungen zum Befahren des gesperrten Stadtgebietes vor.

Weiter führt StAR Vißer zum Punkt 4.4 „Radverkehr“ und der dort benannten „Experimentierklausel“ aus, dass lediglich von Maßnahmen mittels der „Experimentierklausel“ Gebrauch gemacht werden dürfe, sofern sich diese in den bestehenden Rechtsrahmen einfügten.

RM Selinger-Hugen bedankt sich für die Zusammenfassung. Im Arbeitskreis seien die Ziele bereits viel konkreter gefasst worden. Sie habe den Eindruck, dass man an manchen Stellen bereits wieder Schritte zurückgegangen sei. Es seien Ideen geprüft und sofort zurückgenommen worden. Weiter sei ihr nicht im Kopfe, dass man sich von den Versuchen in der Jann-Berghaus-Straße verabschiedet habe. Man müsse aktuell viel mehr tun, klare Aussagen treffen und ein ganzheitliches Verkehrskonzept für die Insel schaffen.

Vorsitzender Terfehr stellt klar, dass der Sachstandsbericht keine ausufernden Ausführungen enthalten sollte und eine ganz klare Zielsetzung vorliege. Der Sachstandsbericht sollte eine für Unbeteiligte bestimmte Übersicht darstellen.

Herr Harm gibt RM Selinger-Hugen Recht. Er könne nicht nachvollziehen, aus welchem Grund der Versuch in der Jann-Berghaus-Straße derart negativ behaftet sei. Weiter erkundigt er sich, welche Erkenntnisse aus dem Verkehrskonzept der Stadt Borkum hätten gezogen werden können und was dort bewirkt worden sei. Vorsitzender Terfehr führt aus, nicht alles was die Beratungsfirma vorgeschlagen habe sei umgesetzt worden. Die Umsetzung sei nicht in erster Linie an den Gästen gescheitert, sondern vielmehr an den Borkumern selbst.

RM Kleemann führt aus, er habe ebenfalls nicht den Eindruck, dass der Verkehrsversuch „Jann-Berghaus-Straße“ negativ angenommen worden sei und erkundigt sich, ob für das Jahr 2021 in der Hinsicht etwas geplant sei. Vorsitzender Terfehr führt aus, man wisse wohl, welches Ziel erreicht werden wolle, jedoch fehle die Möglichkeit, aus eigener Kraft Lösungswege zu erarbeiten. Daher solle eine externe Beratung herangezogen werden, da eine ganzheitliche Lösung geschaffen werden müsse.

RM Dröst betont, diese Probierklausel sei noch nie wirklich angewandt worden. Das Experiment in der Jann-Berghaus-Straße sei ein hilfloser Versuch gewesen. Es müsse beherzter an die Sache herangegangen werden. Zwar koste dies eine Menge Geld, doch sei dies eine

Aufforderung an den Bürger, etwas zu verändern. Man wolle jedoch niemandem richtig weh tun. RM Dröst findet es schade, dass die Experimentierklausel so salopp ausgehebelt werde. Die gesetzlichen Möglichkeiten sollten ausgenutzt werden.

GF Loth führt aus, es könne sich nur ein Urteil über das Vorhandene gebildet werden, wenn eine systematische Analyse erfolge und erfasst werde, welche Umstände vorherrschen. Er betont, dass der Gast bereits heute nicht mitgenommen werde und keine vollumfänglichen Services angeboten würden. Jede Menge Gäste kämen aktuell auf die Insel ohne einen entsprechenden Gepäckservice, da ohnehin eine Vielzahl der Gäste ohne Auto anreise. Vorrangig müsse man sich daher um die Entwicklung eines angemessenen Gepäckservice bemühen. Dies müsse bereits jetzt erfolgen und nicht erst dann, wenn der Autoverkehr zukünftig weiter reduziert werden solle. Weiter sei die Erhöhung der Parkplatzgebühren auf Norderney längst überfällig.

BM Ulrichs betont, der Sachstandsbericht zeige eine Fülle von Ideen, Ansätzen und Maßnahmen, die man in den Vorjahren nie in dieser Form zuvor habe verzeichnen können. Einige Dinge seien bereits in Arbeit. Zur Jann-Berghaus-Straße führt BM Ulrichs aus, es herrsche Einvernehmen darüber, dass der dortige Verkehrsversuch nach ausgiebiger Bewertung als gescheitert erklärt wird. Fazit dieser Diskussion sei, dass in gewissen Bereichen neue Ansätze gefunden und eine externe Beratung herangezogen werden müsse.

RM Dröst betont, dass der Berater der Fa. SHP, Herr Janssen, einen guten Eindruck hinterlassen habe.

BM Ulrichs teilt hierzu mit, dass aktuell vom Bund viele Förderprojekte in Sachen Verkehrswege ins Leben gerufen worden seien, welche insbesondere Radverkehrsprojekte förderten.

StAR Vißer führt aus, den Verkehrsversuch Jann-Berghaus-Straße habe man in einem Zeitraum von zwei Jahren mittels unterschiedlicher Beschilderung und Möblierung getestet. Zwei Dinge seien durch den Versuch deutlich geworden. Die Motivation der Bürger, sich an entsprechende Änderungen zu halten, hänge von der Begleitung der Maßnahmen durch bauliche Änderung ab. Sofern solche Änderungen herbeigeführt werden sollten, müsse eine beträchtliche Menge Geld investiert werden. Wichtig hieran sei insbesondere, dass man zu diesen Änderungen auch stehe. Fraglich sei jedoch, ob eine solche Maßnahme in das Gesamtkonzept passe, da es sich hier um dauerhafte Änderungen handle.

zu TOP 6 Fortführung der Linie 7 (NC-Bus)

StAR Vißer führt aus, die Fortführung der Linie 7 sei ein rechtliches Problem, das man bereits seit geraumer Zeit zu klären versuche. Die Linienkonzession für den NC-Bus sei bereits im letzten Jahr ausgelaufen. Öffentlicher Personennahverkehr müsse grundsätzlich eigenwirtschaftlich durchgeführt werden. Bislang habe die Staatsbad Norderney GmbH eine eigenwirtschaftliche Genehmigung erhalten. Dies sei aufgrund einer EU-rechtlichen Änderung nicht mehr möglich. Eigenwirtschaftlich sei ein Betrieb demnach nur, wenn der Aufwand durch Beförderungserlöse oder allgemeine Ausgleichsleistungen gedeckt werde. Hier werde jedoch durch die Staatsbad Norderney GmbH der Großteil der Summe durch Ausgleichszahlungen finanziert, welche nicht unter die Definition des EU-Rechts fielen. Damit werde diese Linie 7 als gemeinwirtschaftlicher Verkehr angesehen. Voraussetzung für einen gemeinwirtschaftlichen Verkehr sei der Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Dienstleistungsauftrages. Die Beratungen hätten lt. StAR Vißer ergeben, dass der Landkreis Aurich zwar Träger des öffentlichen Personennahverkehrs sei, jedoch Stadtverkehre nicht dessen originäres Aufgabengebiet seien. Das Lebensraumkonzept stelle jedoch fest, dass die Linie 7 ein wichtiger Bestandteil des Gesamtkonzeptes sei. Die aktuelle Genehmigung sei bis zum 31.08.2021

befristet. Ab dem 01.09.2021 solle die Linie jedoch weitergeführt werden. Der Aufgabenträger einer Linie könne einen solchen Auftrag vergeben. Die Stadt Norderney sei jedoch aktuell kein solcher Aufgabenträger. Ergebnis der Ausarbeitungen sei, dass Teilbereiche der Aufgabenträgerschaft von der Stadt Norderney übernommen werden sollen. Diese Übernahme erstreckte sich über die Finanzierung, Auftragsvergabe sowie die Linienführung der Linie 7 und werde durch eine mit dem Landkreis Aurich zu schließende Zweckvereinbarung erfolgen. Im zweiten Schritt könne die Stadt Norderney durch öffentlichen Dienstleistungsauftrag die Staatsbad Norderney GmbH mit der Sache beauftragen. Die Staatsbad Norderney GmbH müsse sodann die Genehmigung zur Fortführung der Linie 7 beantragen und die Fahrleistungen weiter vergeben. In diesem Falle könne auf einen bestehenden Vertrag mit der Fa. Fischer zurückgegriffen werden. Sofern der Rat der Stadt Norderney dieser zusätzlichen freiwilligen Leistung zustimme, könne die Linie 7 ab dem 01.09.2021 wie bisher weiterbetrieben werden.

RM Dröst führt an, die Einstellung der Linie 7 sei keine Lösung. Daher müsse eine Fortführung im vorgenannten Sinne beschlossen werden.

Vorsitzender Terfehr äußert, dass dieser Ausschuss zunächst einen Empfehlungsbeschluss für den Rat der Stadt Norderney fasse.

RM Selinger-Hugen erfragt, welche Auswirkungen dies auf die Staatsbad Norderney GmbH habe. StAR Vißer teilt mit, grundsätzlich sei die Fortführung der Linie 7 wie bisher geplant. Jedoch müsse die Linie 7 unter den aktuellen rechtlichen Rahmenbedingungen für die Landesnahverkehrsbehörde genehmigungsfähig sein. Daher werde das vorgenannte rechtliche Konstrukt benötigt.

BG Onnen erkundigt sich, ob die Staatsbad Norderney GmbH die Fortführung der Linie 7 in diesem Sinne begleite dieser entsprechend fortgeführt werde. GF Loth teilt mit, dass die Linie 7 nicht in Frage gestellt werde. Lang- und mittelfristig mache es sicherlich im Hinblick auf das Verkehrskonzept Sinn, eine übergreifende Lösung der unterschiedlichen Busverkehre und -linien zu finden und diese zu bündeln sowie in Abstimmung zu bringen. Ein derart komplexes Vertragswerk sei ihm jedoch bislang noch nie zuvor bekannt gewesen. Es sei eine Herausforderung, dies zu begleiten. Dankbar sei er für die maßgebliche Begleitung des Sachverhaltes durch die Stadt Norderney und insbesondere StAR Vißer.

BM Ulrichs äußert hierzu, auch ihm sei bislang kein anderer Vorgang mit vergleichbarer Komplexität, Tiefe und damit verbundenem Zeitaufwand bekannt und bedanke sich bei dem Bürgeramt für die Bearbeitung.

BG Onnen führt hierzu aus, dass er den Beschlussvorschlag deutlich unterstütze und dafür werbe, diesem zuzustimmen.

**zu TOP 6.1 Partielle Übertragung von Aufgabenträgerfunktionen vom Landkreis Aurich auf die Stadt Norderney
Vorlage: 01/SV/104/2021**

Dem Beschlussvorschlag zur „partiellen Übertragung von Aufgabenträgerfunktionen vom Landkreis Aurich auf die Stadt Norderney“ wird einstimmig (sieben Stimmen) zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	7
Nein:	0

Enthaltung:	0
-------------	---

**zu TOP 6.2 Übertragung der Verantwortlichkeit, Finanzierung und Durchführung auf die Staatsbad Norderney GmbH
Vorlage: 01/SV/105/2021**

Dem Beschlussvorschlag zur „Übertragung der Verantwortlichkeit, Finanzierung und Durchführung auf die Staatsbad Norderney GmbH“ wird einstimmig (sieben Stimmen) zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	7
Nein:	0
Enthaltung:	0

zu TOP 7 Mitteilungen der Verwaltung

Es liegen keine Mitteilungen der Verwaltung vor.

zu TOP 8 Anfragen und Anregungen

RM Dröst regt an, dass das Lebensraumkonzept auf der Internetpräsenz der Stadt Norderney an zentraler Stelle zur Verfügung gestellt werde.

RM Kleemann erkundigt sich, ob die Präsentation des Sachstandsberichtes zur Verfügung gestellt werde. StAR Vißer teilt mit, dass die Präsentation dem Protokoll beigelegt werde.

Weiter erkundigt sich RM Kleemann, ob bei dem geplanten Tor zum Nationalpark am Ostheller eine Errichtung von Toiletten angedacht sei. BM Ulrichs führt hierzu aus, dass es ein Problem sei, entsprechende Leitungen zu legen. Es finde hierzu jedoch auch ein Abstimmungsgespräch zusammen mit der Nationalparkverwaltung statt. Eine Umsetzung könne nicht versichert werden, jedoch seien Lösungsansätze ins Auge gefasst worden.

RM Hauschild erkundigt sich, wann die Promenade des Nordbades geräumt werde, da dieser Bereich seit geraumer Zeit stark versandet sei. GF Loth führt aus, die TDN sei durch die Staatsbad Norderney GmbH beauftragt worden. Jedoch seien die dafür benötigten Maschinen defekt. Dieses Problem werde jedoch aktuell behoben.

RM Selinger-Hugen teilt mit, in der Poststraße seien Fahrradständer bei Rossmann entfernt worden. Es wird die Frage gestellt, ob an anderer Position neue aufgestellt worden seien. StAR Vißer äußert hierzu, dass ihm nichts dergleichen bekannt sei und eine Klärung herbeigeführt werde.

zu TOP 9 Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde

1. Frau Barbara Bakker-Dinkla erkundigt sich, warum der Beginn der Verkehrssperre immer wieder verschoben werde und nicht mithilfe dieser Sperre die Reduzierung des Individualverkehrs praktiziert werde. BG Onnen führt hierzu aus, dass die Verkehrssperre dem Schutz der Gäste diene. Aktuell seien keine Gäste anwesend, daher bestehe der

Schutzzweck aktuell nicht und aus diesem Grund sei die Verkehrssperre verschoben worden.

2. Weiter erkundigt sich Frau Barbara Bakker-Dinkla, ob die Bülowallee (Fußgängerzone) auch eine Durchfahrtsstraße für Taxen sei oder nur für Anlieger eine Durchfahrtmöglichkeit bestehe. StAR Vißer äußert hierzu, dass die Fußgängerzone vom Lieferverkehr in der Zeit von 8:00 bis 10:00 Uhr vom Rosengarten aus befahren werden dürfe. Aus allen anderen Bereichen dürfe keiner einfahren. Abgesehen von der Post, die aufgrund der Straßenverkehrsordnung selbst über einen Ausnahmecharakter verfüge, bedürften alle anderen (Taxen etc.), die in die Fußgängerzone einfahren müssen, einer Sondernutzungserlaubnis. Diese gelte jedoch ausschließlich für Zielverkehre (wie z. B. Hotel König, Columbus, MVZ). Bislang sei die An- und Abreise durch die Stundengenehmigungen vom Schiff ebenfalls gestattet. Auch die Taxen dürften die Bülowallee nicht als Durchfahrtstrecke nutzen.
3. Herr Sven Bohde trägt bei, dass zwei nordfriesische Inseln sowie Sankt Peter-Ording morgen einen Modellversuch starten. Es wird die Frage gestellt, ob analog der dortigen Vermietungsagenturen auch auf Norderney pro Buchung eine Mehraufwandspauschale in Höhe von 50,00 EUR erhoben werde. GF Loth führt aus, dies sei ihm gänzlich neu. Ihm sei nichts dergleichen bekannt und sehe es als sehr unglücklich an, wenn derartige stattd. In der eigenen Vermietung werde dies nicht angewandt.
4. Herr O.-Th. Winkels erkundigt sich, ob das Ordnungsamt angewiesen bzw. eingespannt werde, die Regelungen (z. B. am Zuckerpad) durchzusetzen. StAR Vißer führt hierzu aus, dass die Kollegen des Außendienstes auch vor Ort seien. Jedoch seien Kontrollen nur zusammen mit der Polizei möglich, da es sich bei dem Radverkehr um fließenden Verkehr handle und für diesen die Polizei zuständig sei.
5. Frau Barbara Bakker-Dinkla erkundigt sich, ob die Möglichkeit bestehe, die Sitzgelegenheiten in der Poststraße in der Nähe des Fußgängerüberweges wieder zu installieren. StAR Vißer äußert, dass eine entsprechende Installation zusammen mit dem Bauamt erörtert werden müsse.

Vorsitzender Terfehr schließt die Sitzung um 20:24 Uhr.

Johannes Terfehr
Vorsitzender

Frank Ulrichs
Bürgermeister

Hillrich Holtkamp
Protokollführer